

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (Inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

20. April 1968 - 32/II  
Einzelpreis DM 0.75

### NOTSTANDSPÄNE: DEMONSTRANTENKARTEI FÜR SPÄTERE "SCHUTZHAFI" ?

Von einem höheren Beamten der Kriminalpolizei, der seinen Namen aus verständlichen Gründen nicht nennen lassen will, erhielt der EXTRA-Dienst eine Information, die wir nicht nachprüfen können, die aber im Falle ihrer Richtigkeit so ungeheuerlich ist, daß wir sie nicht verschweigen dürfen. Die Quelle, aus der die Information stammt, scheint uns eine gewisse Gewähr für ihre Wahrscheinlichkeit zu geben. Der Beamte erklärte uns, daß die Massenverhaftungen während der Osterfeiertage einen strategischen Zweck erfüllen. Man ließ die Festgenommenen "erkennungsdienstlich" mit Fingerabdrücken und Polizeifotos in eine besondere Kartei der Politischen Polizei aufnehmen. Auch bei künftigen Demonstrationen will man soviel Personen wie möglich festnehmen lassen, um diese Kartei zu vervollständigen. Bisher sollen nach Schätzung des Beamten schon weit über tausend Karteikarten, von denen die meisten allerdings nur Namen und "Taten", aber keine Fotos und Fingerabdrücke enthalten, angelegt sein. Unter anderem sollen auch all jene Personen, die an der Aktion "Selbstanzeige" im Fall Teufel teilgenommen haben, darin erfaßt sein. Diese Kartei soll noch in diesem Jahr um mindestens 5000 Namen erweitert werden. Eine Liste mit allen Namen soll außerdem an die Abteilung Notstandsplanung beim Senator für Inneres übergeben worden sein; auch dort werde sie stets auf dem "neuesten Stand" gebracht. Der Beamte will aus einem Gespräch zweier Kollegen von der Politischen Polizei entnommen haben, daß man diese Liste und die Kartei insbesondere für den Fall des Notstands anlegt, um über alle Genannten sofort Aufenthaltsbeschränkungen und besondere Arbeitsverpflichtungen zu verhängen. Gegen mehr als 300 Personen, die man für "Rädelsführer" hält, sollen besondere Maßnahmen ergriffen werden: Sie sollen "zu ihrem eigenen Schutz vor dem Zorn der Bevölkerung" inhaftiert und in geräumten Polizeikasernen untergebracht werden.

### GEWERKSCHAFTSABSAGE AN SENAT: "VERSCHONEN SIE UNS!"

Verschiedene Gewerkschaftsorganisationen der Bundesrepublik haben dem Westberliner Senat mitgeteilt, sie würden in Zukunft nicht mehr für die Stadt werben. Der Landesbezirk Saar der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) schreibt beispielsweise: "Die Vorgänge in Berlin sowie das Verhalten der politischen Parteien und ihrer Führungskräfte können uns nur veranlassen, jedem Arbeitnehmer davon abzuraten, sich um einen Arbeitsplatz in West-Berlin zu bemühen. Wir bitten deshalb auch Sie, uns zukünftig kein Material mehr zuzustellen. Es wäre eine unnötige Kostenvergeudung, da es von uns ungelesen in den Papierkeller wandert." Die Landesbezirksleitung Nordrhein-Westfalen: "Unsere Landesbezirksleitung kann es sich bei dem derzeitigen Verhalten des Berliner Senats, der den Arbeitnehmern nicht einmal ihr simples Recht auf freie Demonstrationen gestattet, nicht verantworten, durch Verteilung solchen Materials Arbeitnehmern des Landes Nordrhein-Westfalen aufzufordern, einen Arbeitsplatz in Berlin aufzu-

nehmen." Der Landesbezirk Hessen der Gewerkschaft HBV: "Wir können es zur Zeit nicht verantworten, Arbeitnehmern aus Hessen zu empfehlen, sich um Arbeitsplätze in West-Berlin zu bewerben, so lange die verantwortlichen politischen Stellen in West-Berlin die elementarsten Rechte der Arbeitnehmer - zu demonstrieren - nicht beachten."

#### RIAS-GESPRÄCH: SCHÜTZ KNIFF WIEDER

Westberlins Regierender Bürgermeister Schütz ist zum zweitenmal innerhalb einer Woche vor einer öffentlichen Auseinandersetzung mit Vertretern der Außerparlamentarischen Opposition zurückgewichen. Nachdem er in der Nacht zum Sonnabend eine Delegation der APO wegen eines mitgebrachten Tonbandes aus dem Rathaus hinauswarf (EXTRA-Dienst 31/II), sagte er jetzt auch eine für Sonnabend, 11 Uhr, im RIAS geplante Aufzeichnung eines Gesprächs ab. Die Außerparlamentarische Opposition Westberlins erklärte dazu: "Wieder hat der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz die Zusage zu einem Gespräch mit Vertretern der Außerparlamentarischen Opposition unter fadenscheinigen Vorwänden zurückgezogen. Am Freitag genügte ihm das Tonband, welches die Vertreter der Außerparlamentarischen Opposition mitgebracht hatten, um eine kritische Öffentlichkeit über den Ablauf des Gesprächs unterrichten zu können, um sich der Auseinandersetzung zu entziehen. Jetzt zogen Schütz und Neubauer auch ihre Zusage, am Sonnabend mit Agnoli, Enzensberger und Lefèvre im RIAS zu diskutieren, zurück. Begründung: Die Vertreter der Außerparlamentarischen Opposition hätten sich nicht von Aufrufen zur Gewalt distanziert."

Dazu stellen wir fest: Klaus Schütz, der zum Gewaltverzicht auffordert, läßt es kommentarlos geschehen, daß seine Polizei auf offener Straße einzelne Demonstranten jagt und brutal zusammenschlägt. Klaus Schütz muß fürchten, daß ein Gespräch mit der Außerparlamentarischen Opposition ihn zwingt, öffentlich einzugestehen, daß seine Regierung den Bürgern dieser Stadt die erkennbaren Ursachen der Krise verheimlicht. Klaus Schütz muß fürchten, daß die mühsam überbrückten Spannungen in Senat und Regierungspartei offen ausbrechen, wenn ein öffentliches Gespräch die Unfähigkeit des Senats allen deutlich macht. Klaus Schütz und die von ihm vertretene Politik scheuen das Licht der Öffentlichkeit."

#### "KZ"-FOTO AUS POLIZEISCHULE SPANDAU: AN DEN "SPIEGEL" VERKAUFT

Ein am Wochenende als unbeteiligter Zuschauer verhafteter Ausländer hat im Polizeigefängnis Spandau aus einer Zelle heraus den Hof fotografiert, in dem die Polizei eine Anzahl von Verhafteten mit gebreiteten Beinen und erhobenen Händen an eine Wand gestellt hatte und längere Zeit stehen ließ. Das Foto, das dem Aktionszentrum der Außerparlamentarischen Opposition zur Verfügung gestellt wurde, ist für 3000 DM an den Hamburger "Spiegel" verkauft worden; der Erlös wird dem Rechtsfonds der Außerparlamentarischen Opposition zugeführt.

#### 21. APRIL: GRIECHENLANDDEMONSTRATION AM WITTENBERGPLATZ

Zum einjährigen Jahrestag des Militärputsches in Griechenland ruft die Außerparlamentarische Opposition zu einer Demonstration auf, die am Sonntag, 21. April, 15 Uhr auf dem Wittenbergplatz beginnt. Der Marsch ist bei der Polizei angemeldet. Bis Redaktionsschluß war noch nicht zu erfahren, ob er genehmigt ist. Die Marschrouten war bis Redaktionsschluß ebenfalls nicht klar; fest steht, daß der Zug nicht zur Griechischen Militärmission führen wird, da dies eine Konfrontation mit der Polizei unausweichlich machen würde.

#### 1. MAI: KAMPFDEMONSTRATION IN DEN ARBEITERVERTEILN

Der Westberliner Senat hat die von der APO für den 1. Mai angemeldete sozialistische Maikundgebung vor dem Schöneberger Rathaus nicht genehmigt. Die Kundgebung der APO und die Maidemonstration wird daher in den Arbeitervierteln stattfinden. Der Demonstrationzug soll um 10 Uhr auf dem Karl-Marx-Platz beginnen und über den Hermannplatz zum Hohenstaufenplatz führen, wo die Schlußkundgebung sein wird. Für den Nachmittag des 1. Mai wurde die Deutschlandhalle gemietet. In der Halle wird ein Kongreß der Westberliner APO die sozialen und ökonomischen Probleme der arbeitenden Bevölkerung

## SPRINGER-ANGESTELLTE: "DER HERR HATTE ANGST"

Angestellte des Hauses Springer äußerten sich am Biertisch in ihren Stammkneipen geringschätzig über den Konzernherrn Axel Caesar Springer. "Der Herr hatte Angst", erklärte ein Westberliner Bild-Redakteur. Springer habe sich am Wochenende in Westberlin aufgehalten, sich aber geweigert, öffentlich Stellung zu nehmen. Er ließ sich, außer bei seinen leitenden Angestellten, "beim Personal" nicht sehen. Springer ließ verbreiten, er sei nach seinem Aufenthalt in den USA "um Deutschland herum" nach Genf gereist. In Wirklichkeit traf er sich jedoch vor seiner Westberlin-Reise am Freitagmorgen mit dem Regierenden Bürgermeister Schütz in Kampen auf Sylt. Springer wies Schütz daraufhin, daß "ein Versagen der Berliner Exekutive auf die Investitionsbereitschaft der Privatwirtschaft in Berlin Rückwirkungen haben wird"; er spielte damit auf ein "zu zaghaftes Eingreifen" der Polizei am Gründonnerstag an. Schütz gab diese Meinung offenbar telefonisch an Neubauer weiter, was zur Ablösung von Moch in der Leitung der Polizeiaktion - die vom Senat noch immer bestritten wird - geführt hat. Wie aus dem Hause Springer ferner zu erfahren ist, haben sich rund 80 ausländische Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten um ein Interview mit Springer bemüht. Springer sagte erst Mitte dieser Woche ein Interview zu: der britischen "Daily Mail". Den Reportern der US-Fernsehgesellschaften NBC und CBS, die als "besonders hart" gelten, ging Springer aus dem Wege. Aus der Bundesrepublik und aus Westberlin kam kein Presse-Ersuchen um eine persönliche Stellungnahme.

## PAROLEN AUS DEM HAUSE SPRINGER: KIOSKE SOLLEN BRENNEN

Zeitungsfahrer des Springer-Konzerns verstörten am Mittwoch Westberliner Zeitungskiosk-Inhaber mit der Nachricht, daß Demonstranten jetzt die Zeitungsfahrer überfallen werden und vorhaben, Kioske in Brand zu setzen. Als einzelne Zeitungshändler diese Warnung anzweifelten, wurde ihnen erklärt, daß man im Hause Springer über "ganz sichere Informationen" verfüge. Ein Fahrer erklärte achselzuckend: "Ich kann nur sagen, was uns aufgetragen wurde." - Mit Flugblättern, die sich direkt an die Zeitungshändler richten, will die Außerparlamentarische Opposition diese Falschmeldung als Beispiel typischer Springer-Hetze gegen demokratische Kräfte verwenden, um den Kiosk-Inhabern den Sinn der Anti-Springer-Kampagne zu erklären.

## FRIESENSTRASSE: POLIZEIEINSATZ VOR GERICHT

Mit Unterstützung der Humanistischen Union hat der 22jährige Student Günter T. vor dem Verwaltungsgericht Klage gegen den Polizeipräsidenten erhoben. Er hat geltend gemacht, daß das Vorgehen der Polizei in der Friesenstraße am 14. April gegen 22. 30 Uhr rechtswidrig war. Polizeibeamte hatten Günter T. mißhandelt, ihm zwei Zähne ausgeschlagen und sein Auto demoliert. Seine Ehefrau wurde aus dem Auto gezerrt und mißhandelt. Noch in dieser Woche wird eine junge Frau, die in der gleichen Nacht in Spandau von Polizeibeamten aus einem Auto gezerrt und grundlos geschlagen worden war, vor dem Verwaltungsgericht Klage gegen den Polizeieinsatz vor dem Polizeigefängnis Spandau erheben. In beiden Verfahren ist es von erheblicher Bedeutung, daß es in Westberlin keine Rechtsgrundlage für den Schlagstockgebrauch der Polizei gibt (siehe auch EXTRA-Auslese in dieser Ausgabe.)

## CHRISTLICHER SOLIDARITÄTSKREIS: AUF DER PROGRESSIVEN SEITE

Bei der Evangelischen Kirchengemeinde Alt-Tempelhof Ost hat sich ein "Solidaritätskreis christlicher Helfer der Außerparlamentarischen Opposition" gebildet. 60 evangelische Christen, Pfarrer, Angestellte, Arbeiter, Hausfrauen, Studenten und freiberuflich Tätige haben in einem ersten Aufruf festgestellt: "Unsere Gesellschaft hält uns in Kirchen und Gewerkschaften, in Parteien und Parlamenten über die Hintergründe des Protests häufig bewußt im Unklaren oder verdrängt sie. Sie darf sich nicht wundern, daß die Empörung über einen Mordanschlag sich in zum Teil erregten Formen äußert. Wir erkennen, daß jedem politischen Mord vielfacher Rufmord in Wort und Schrift vorausgeht. Auch Schweigen und Ignoranz leisten der Gewalt Vorschub." Der Kreis stellt fest: "Darum stellen wir uns jetzt ohne Vorbehalt an die Seite dieser progressiven Kräfte."

## MÜNCHENER TODESOPFER: WARFEN DIE POLIZISTEN ZURÜCK ?

Nachdem durch den Obduktionsbefund des in München tödlich verletzten Studenten Rüdiger Schreck fast sicher ist, daß die Verletzung von einer 60 Zentimeter langen und etwa sieben Zentimeter dicken Vierkantbohle herrührt, steht man in München vor der Frage, von welcher Seite die Bohle geworfen wurde. Eindeutig steht fest, daß Studenten gegen die mit Schlagstöcken vorgehende Polizei solche Bohlen, die nach Auskunft des AStA München aus einer nahegelegenen Kanalisationsanlage herausgerissen wurden, geworfen haben. Diese Würfe waren aber eindeutig gegen Polizisten gezielt und fielen auch nach der Beobachtung von Augenzeugen immer erst in der Nähe der Polizeiketten zu Boden. Die "Münchener Abendzeitung" veröffentlichte am gestrigen Freitag Zeugenaussagen, denen zufolge einzelne Polizisten die Bohlen zurückgeschleudert haben sollen. Verschiedene Studentenorganisationen, hauptsächlich der SDS und der LSD, wollen jetzt Amateurfilme, die bei den Demonstrationen gedreht wurden, sichten und sie öffentlich ihren Kommilitonen vorführen. Noch weiß man nicht, ob diese Bilder die Vorwürfe gegen die Polizei rechtfertigen. Im Münchener Polizeipräsidium wurde mitgeteilt, daß Polizisten niemals mit harten Gegenständen zurückwerfen würden. Gegenteilige Erfahrungen aus allen deutschen Großstädten, unter anderem auch vom 2. Juni vergangenen Jahres in Westberlin, stützen die Behauptung nicht. Auch in Frankfurt/Main sollen Polizisten, wie die "Frankfurter Rundschau" schon am Donnerstag berichtet hatte, in zahlreichen Fällen mit Steinen auf Demonstranten geworfen haben. Daß die tödlichen Verletzungen Rüdiger Schrecks tatsächlich von einer Holzbohle stammen, wird nach Angaben der Gerichtsmediziner durch einzelne Holzsplitter bewiesen, die man in der Wunde fand.

## BUNDESWEHR-EINSATZ GEGEN DEMONSTRANTEN: IN HAMBURG UND ULM

Zwei Vorfälle, in denen Bundeswehr gegen Demonstranten eingesetzt werden sollte, wurden in dieser Woche bekannt. In der Boehm-Kaserne in Hamburg-Farmsen ging ein Zug der Bundeswehr mit Nebelwerfern und Tränengasbomben in Stellung, nachdem in der Kaserne bekannt gegeben worden war, Demonstranten wollten vor der Kaserne Flugblätter gegen den US-Krieg in Vietnam verteilen. Die Aktion ereignete sich am 30. März. Der Stoßtrupp der Bundeswehr wurde aus "Freiwilligen" zusammengesetzt; zu einem "Einsatz" kam es nicht, da die Information auf eine Falschmeldung des - wie die Kampagne für Demokratie und Abrüstung ironisch meint - "notorisch unzuverlässigen Verfassungsschutzes" zurückging: Die Demonstranten verteilten ihre Flugblätter erst einen Tag später. - Bei einer Ostermarsch-Aktion in Ulm wurden Feldjäger der Bundeswehr gegen Demonstranten eingesetzt. Das Bundesverteidigungsministerium versuchte diese Tatsache abzustreiten. Inzwischen hat aber die Ulmer Polizei bestätigt, daß die Feldjäger "im Rahmen der Amtshilfe", um die man ersucht habe, "mitgewirkt" hätten. Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung hat gegen diesen Verfassungsbruch (Artikel 143 GG) protestiert.

## PERSONALIEN

GERD SAFIR, stellvertretender Senatspressesprecher, titulierte das Mitglied des Westberliner Sozialistischen Maikomitees und "Falken"-Sekretär, Heinz Beinert, am Telefon als "Dreckskerl". Beinert hatte sich erkundigt, ob die Maikundgebung vor dem Rathaus Schöneberg verboten sei; Safir wollte Beinert nichts sagen, da er "nicht von der Presse" sei. Beinert verwies auf eine entsprechende Veröffentlichung der "Berliner Morgenpost" und fragte, ob man nur noch die Regierungspresse des Hauses Springer informieren wolle. Safir: "Behalten Sie Ihre Frechheiten für sich, Sie Dreckskerl".

JOSEF BACHMANN, Attentäter auf Rudi Dutschke, hat in den letzten Tagen im Westendkrankenhaus von privater Seite zahlreiche Blumen- und Kartengrüße sowie Aufmunterungsschreiben erhalten; das berichten Krankenpfleger. Die Krankenhausleitung müht sich, die Glückwunschflut geheimzuhalten.

## ZITAT DER WOCHE

"Bei uns hat es so etwas unlängst auch gegeben. Die Polizei mußte sich inzwischen öffentlich für jeden ihrer Übergriffe entschuldigen, erhielt vor einigen Tagen sichtbare

Nummern an den Uniformen und die Verletzten Schadenersatz" - die Stellungnahme einer Gruppe junger CSSR-Bürger, die auf Einladung der "Falken" über Ostern in Westberlin weilte und den Polizeieinsatz vor dem Rathaus Schöneberg miterlebte.

#### REPUBLIKANISCHER CLUB: IN GIESSEN KONSTITUIERT

Der RC Gießen hat sich inzwischen konstituiert (siehe RC-Übersicht in der Bundesrepublik, EXTRA-Dienst 30/II). Sein Vorsitzender wurde Horst Witzel, 63 Gießen, Spitzwegring 137.

#### GRIECHENLAND: DOKUMENTE EINER DIKTATUR

Das Westberliner "Komitee für die Demokratie in Griechenland" eröffnet am 21. April in der Galerie Hammer im Europa Center aus Anlaß des einjährigen Jahrestages des Staatsstreichts die Ausstellung "Chronik einer Unterdrückung" mit zahlreichen Dokumenten.

#### HINWEISE DER REDAKTION

BIS ZUM ERSTEN MAI wird sich das Aktionszentrum der Außerparlamentarischen Opposition in der Technischen Universität, Straße des 17. Juni, befinden. Die TU-Telefonnummer: 31 07 81. Die wichtigsten Aktionskomitees: Information und Koordination (Zimmer 21 33, Apparat 964 und 441); Allgemeine Koordination (Zimmer 2129, Apparat 989); Lokale Basisgruppen (Zimmer 2126, Apparat 3361); Städtische Aktionen (Zimmer 2126, Apparat 3361); Springer-Aktionen (Zimmer 2136, Apparat 494); Ermittlungen, Zeugenaussagen, Anzeigen, Fotomaterial (Zimmer 2139, Apparat 549); Sozialistisches Maikomitee Westberlin (Zimmer 2137, Apparat 549).

LIED 68 heißt die diesjährige internationale Chanson- und Folklore-Veranstaltung auf der Hunsrück-Burg Waldeck vom 12. bis 17. Juni 1968. Im Mittelpunkt des Programms stehen in diesem Jahr das sozial- und gesellschaftskritische Chanson. Auskünfte erteilt die Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck, 5449 Dorweiler über Kastellaun/Hunsrück (Telefon 067 62 / 666).

POLITISCHE ARBEITEN von Uwe Witt zeigt die Galerie Ben Wargin, Josef-Haydn-Strasse 1, ab sofort etwa einen Monat lang. Witt bezeichnet seine Arbeiten als "visuellen Journalismus".

#### MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

SONNABEND, 20. April, 20 Uhr: Dr. Rattner spricht über "Die sexuellen Störungen des Einzelnen und die Sexualverdrängung der Kultur".

MONTAG, 22. April, 20 Uhr: Der Chefredakteur der CSSR-Zeitschrift "Im Herzen Europas", Frau Reinerova, und der CSSR-Schriftsteller Dr. Steyn stellen sich im RC einer Diskussion mit Clubmitgliedern über die derzeitige Entwicklung in der CSSR.

#### EXTRA ÜBER UNS

BEMERKENS- UND MITTEILENSWERT erscheint uns die in dieser Woche anschwellende Zahl von Kontakten mit Angehörigen der Westberliner Polizei - der Schutz-, der Kriminal- und der Bereitschaftspolizei. Einige Informationen in dieser Ausgabe von EXTRA-Dienst stammen aus diesen Quellen. Eines ist offensichtlich: Zahlreiche Polizisten bedauern die Umwandlung der Polizei in eine Bürgerkriegsarmee. Sie sind von tiefem Mißtrauen gegen ihre politische Führung ergriffen. Rund ein Dutzend Polizisten bat uns am Dienstag, über den EXTRA-Dienst der Außerparlamentarischen Opposition zu sagen: Werft uns nicht alle in einen Topf! Wir haben es hiermit gesagt.

AUCH ANDERE BRIEFE UND ANRUFEN erreichten uns diese Woche. Wir sind zwar Schmähbriefe gewohnt. Aber ungewohnt waren wir dennoch bisher Mord- und Totschlagbriefe wie jenen aus unserem Anti-Springer-EXTRA-Blatt ausgeschnittenen und uns zugesandten Bestellschein. Text: "Hoffentlich trifft die nächste Kugel den Kommunisten Dutschke besser. Ein BILD-Leser."

Daß die Schimäre von Parlament im Schöneberger Rathaus zur Einsicht nicht gelangen würde, war zu erraten. Selbstabgebrühte Beobachter der Donnerstagveranstaltung staunten jedoch darüber, daß selbst im Angesicht des Todes die "Vertreter der Berliner Bevölkerung" mit kaum gebremstem Schaum vor dem Mund ans Mikrofon traten. Wenn einer mal sein Wischiwaschi (so nannte es jemand in einem Anflug von Selbsterkenntnis) unterbrach und Ansätze differenzierteren Denkens zeigte, wurde er von einer randalierenden Parlamentsmehrheit niedergebrüllt. Allein Heinrich Albertz ließ man ausreden - man hält ihn wohl für einen politisch Toten. Sein Satz, er - der kein politisches Amt anstrebe und nur Privatmann sei - könne eben reden, entlarvte diesen Pseudo-Parlamentarismus als Popanz. Den Mund aufmachen, Wahrheiten bröckchenweise von sich geben, darf nur jener, der seine Karriere an den Nagel gehängt hat. Wer redet hier von einer Verschwörung der Linken, dieses System zu stürzen? Hatte hier eine Verschwörung der Rechten gegen die Demokratie nicht bereits Erfolg? Wird hier die Unmoral nicht mit Gewalt an der Macht gehalten? Ist es dann nicht sittenwidrig, untätig dem permanenten Verfassungsverrat zuzuschauen, den die vorgeblichen Wahrer der Demokratie, der Freiheit und der Ordnung betreiben?

Der Rathaus-Veranstaltung voraus gingen Sitzungen der Parteien in Landesausschüssen und Fraktionen. Was sich dabei, etwa in der SPD zugetragen hat, bestätigt nur den desolaten Zustand dieses Regimes. Mit den Studenten könne man nicht mehr reden, also soll der Schulsenator Evers die Eltern der Schüler ansprechen; den CDU-Mann Moch könne man aus seinem Polizeipräsidentenamts nicht entfernen, solange die Koalition mit der CDU nicht unter Dach und Fach sei; das Feuer müsse jetzt auf die Justiz konzentriert werden, damit FDP-Senator Hoppe weich werde und die FDP freiwillig aus der Koalition verschwinde; die SPD müsse rücksichtslos gesäubert werden, damit man die nächsten Wahlen als Majoritäts- und nicht als Minoritätspartner der CDU gewinnen könne. Die schwachen Versuche in der SPD, eine gemäßigte Mittelgruppe um Stobbe und Löffler aufzubauen, scheiterten bereits im Ansatz - es ist schon gefährlich, innerhalb der SPD-Rechten in der Minderheit zu sein, schon das verbaut den Weg an die Futterkrippe. Was sich hier als Hüter von Demokratie und Ordnung anbietet, ist in Wirklichkeit nichts als ein Kartell zur Verteidigung der eigenen, der persönlichen Macht - und staatliche Macht wird dafür eingesetzt.

Dies zu entlarven ist Aufgabe der Außerparlamentarischen Opposition. Was sich im Establishment noch schwankend im Sattel hält, tut dies nicht aus eigener Kraft. Es wird gestützt durch die Lethargie einer teils gegen Minderheiten aufgeputschten, teils nur politisch desinteressierten Bevölkerung - und auch durch Fehler der Außerparlamentarischen Opposition, die ihre Chance nicht erkennt. Aufklärungsaktionen gegenüber dieser Bevölkerung müssen mit Mitteln unternommen werden, die dem Bewußtseinsstand dieser Bevölkerung adäquat sind. In einzelnen Aktionskomitees der Opposition wird dazu hervorragende Arbeit geleistet. In anderen betreibt man Masturbation. Es sollte zur Pflicht gemacht werden, daß jeder, der im Aktionszentrum der Außerparlamentarischen Opposition arbeitet, sich täglich unter die Bürger mischt. Es ist dort guter Wille vorhanden. Wenn wir dies nicht mehr glauben, ist unsere Politik nicht radikal demokratisch, sondern abenteuerlich.

Die Staatsgewalt versucht jetzt, die Bürger dieser Stadt weiter auseinander zu dividieren. Den "guten" Bürgern dieser Stadt sollen nicht mehr einfach die "schlechten" gegenüberstehen; man will die noch in einen "harten Kern" und eine "verführte Masse" spalten. Dem gilt es entgegenzuwirken. Ist der zurückgetretene FU-ASTA-Vorsitzende Landsberg, der das tat, ein liberaler Scheißer? Ist jeder ein liberaler Scheißer, der eine aussichtsreiche Politik vorschlägt, die auf der Maikundgebung der Außerparlamentarischen Opposition 30 000 statt 5000 versammelt? Dann bin ich auch ein liberaler Scheißer!

IMMER WIEDER: DIE OPFER SIND SELBST SCHULD / VON HANNES SCHWENGER

Auch nach den jüngsten Ereignissen verzichteten Senat und Springer-Presse nicht darauf, die Opfer der gemeinsam betriebenen Hetze als die eigentlich Schuldigen hinzustellen. Zu der Meldung vom Anschlag auf Rudi Dutschke schreibt "Bild" am 11. 4., Dutschke sei "das Opfer des von ihm gepredigten Hasses" geworden: "Denn nicht diese Gesellschaft säte Haß und Gewalt, sondern Dutschke." Bereits nach dem 2. Juni hatte Springers "BZ" am 5. 6. 67 behauptet: "Radikalinskis haben die Polizei provoziert. Sie haben angegriffen... Das Opfer dieses Terrors ist jetzt Benno Ohnesorg geworden." Parlamentspräsident Sickert, der im April zur Selbstjustiz aufgerufen hatte, erklärte nach dem 2. Juni: "Die Schuld für das Todesopfer und für die Verletzten liegt nur bei den Personen, die die Demonstrationen in Szene gesetzt haben."

Nach den Neuköllner Vorfällen hatte, wie bekannt, der CDU-Landesvorsitzende Schmitz den Neuköllner Bürgermeister zu der "spontanen Reaktion Neuköllner Bürger" beglückwünscht. Schon am Tage der Ausschreitungen gegen wehrlose Demonstranten hatte sein Fraktionskollege Josef Stingl im "Tagesspiegel" durchblicken lassen, "daß die Berliner Öffentlichkeit bisher ein Maß an Toleranz bewiesen hat, das geradezu beängstigend ist". Nach den Schlägen auf Rudi Dutschke in der Gedächtniskirche schilderte die "BZ" in ihrer Schlagzeile den Vorfall: "So putschte Dutschke in der Kirche" (27. 12.). Und die "Welt" entschuldigte die Schläger: "Die Empörung der Kirchgänger, die sich in der festlichsten Stunde ihres Glaubens zur Andacht zusammengefunden hatten, war nur zu verständlich." (27. 12. 67).

Nachdem während der Vietnam-Demonstration vom 18. 2. 68 Gegendemonstranten, von der Polizei ungehindert, Schlägereien inszeniert hatten und dann mit Sprechchören "Dutschke raus aus Westberlin" vors Rathaus Schöneberg gezogen waren, empfing Bürgermeister Neubauer sie auf der Rathautreppe und "bedankte sich" (so "Bild" vom 19. 2.) für ihre Gegendemonstration: "Ich hoffe, Sie in der ersten Reihe zu sehen, wenn wir gemeinsam auf der Straße sind."

Nachdem man gemeinsam auf der Straße gewesen war, während der Senatskundgebung vom 21. Februar, bei der es zu schwersten Schlägereien, Morddrohungen und zu einer Jagd auf den vermeintlichen Rudi Dutschke gekommen war, erklärte der Demokratische Klub in der "Welt am Sonntag" vom 25. 2.: "Wenn einzelne sich bedauerlicherweise zu Handgreiflichkeiten hätten hinreißen lassen, so treffe die Schuld letztenendes diejenigen, die die Berliner herausgefordert hätten."

Am 24. 3. behauptete schließlich William S. Schlamm in der "Welt am Sonntag" über den SDS: "Natürlich könnte aus dieser Gruppe der nächste van der Lubbe oder nächste Oswald kommen."

Kam Josef Bachmann aus dem SDS?

EXTRA-DUKUMENTATION

ÜBER DIE FRAGE DER GEWALT / VON PROF. DR. DR. HELMUT GOLLWITZER

Während der Diskussionen am Wochenende im Auditorium maximum der Technischen Universität ergriff am Sonntag gegen Mitternacht Prof. Gollwitzer das Wort. Die Ausführungen Gollwitzers gehörten zu den Höhepunkten der Diskussion. EXTRA-Dienst dokumentiert sie nach einer Tonbandaufzeichnung:

"Ich bin nach zweimonatiger Abwesenheit jetzt einen Tag in Berlin, habe mich schriftlich und mündlich zu informieren versucht und vermisse eines an den Aktionen der letzten Tage: Es müßten die politischen konkreten Forderungen, die wir haben, viel deutlicher herauskommen, damit die Außenstehenden wissen, daß es sich nicht nur um Entladungen der Wut, des berechtigten Zorns über den Mordanschlag auf Rudi Dutschke handelt, sondern daß außerdem Bestimmtes gefordert wird. Wenn ich von Forderungen spreche, dann spreche ich nicht von einem politischen Fernziel eines anderen Staatswesens, ich nehme an, daß sich in diesem Raum einige befinden, die noch irgendetwas über Marx und Marxismus wissen und über die Arbeiterbewegung. Dann wissen sie auch, daß die Arbeiterbewegung neben dem Ziel des sozialistischen Staates außerdem immer systemimmanente Forderungen gestellt hat, z. B. den 8-Stunden-Tag und noch einiges andere, Streikfreiheit und Organisationsfreiheit. Ich habe bisher an politischen Forderungen gehört 1. eine Stunde Sendezeit täglich, das geht, wie ja schon gesagt wurde, ziemlich sicher an den

Realitäten vorbei. Wer Forderungen aufstellt, muß berechnen, wieweit sie Aussicht haben, auch von der Gegenseite aufgegriffen und realisiert zu werden. Der Grund der Forderungen ist richtig: Die Bevölkerung soll von uns über das, was wir meinen, orientiert und informiert werden. Wir werden wahrscheinlich von der Forderung nach einer Stunde Sendezeit täglich heruntermüssen. Die zweite Forderung war die nach dem Rücktritt des Senats. Ich halte es für ziemlich uninteressant, immer neue Leute da oben zu stürzen. Die dritte Forderung ist eine sehr wichtige, und auf die sollte man sich konzentrieren wegendem unbestreitbaren Zusammenhang zwischen dem Mordanschlag auf Dutschke und der Pressehetze. Wir wollen von den verantwortlichen politischen Stellen endlich die Zusicherung hören, daß die Frage der Pressekonzentration und der Auflösung des Springerkonzerns aufgegriffen wird. Die gesetzlichen Grundlagen lassen sich schaffen, denn die Gesetze geben wir uns selbst, wie wir (von Bundesminister Heinemann, d. Red.) gerade gehört haben. Wir werden den Politikern sagen müssen: Solange diese Staatsführung sich dazu nicht verbindlich äußert, müssen wir annehmen, daß sie es nicht wagt. Dies ist dann der eindeutige Test dafür, daß der Herr in diesem Staate Axel Cäsar Springer heißt. Weil ich persönlich nicht weiß, ob ich jemals einen funktionierenden sozialistischen Staat erleben werde, bin ich interessiert daran, daß in diesem Staat, in dem ich jetzt lebe, der Herr nicht Axel Springer heißt.

Ich bin wahrscheinlich mit einigen von Ihnen zur Zeit noch mehr an den systemimmanenten Forderungen, die wir herausarbeiten können, interessiert als an dem Fernziel, an dem auch ich hänge, aber das eben ein Fernziel ist, das mit revolutionären Methoden nicht zu erreichen ist in der Gegenwart. Ich hoffe, einige haben von Marx und Lenin gelernt, was eine revolutionäre Situation ist, und daß das hier keine revolutionäre Situation ist. Daß hier in Berlin und in Westdeutschland eine revolutionäre Situation sei, kann sich nur der einreden, der hier in diesem Saale sitzt, aber nicht draußen.

Damit bin ich bei der Frage der Gewalt (Zuruf: liberaler Scheißer) - ja natürlich bin ich das - ich schlage bei dem Begriff Gegengewalt Unterscheidungen vor: unser deutsches Wort Gewalt ist zweideutig. Da ich gerade mein Englisch verbessert habe, profitiere ich davon, und ich schlage vor zu beachten die Unterscheidung zwischen violence und power. Und es müßte eindeutig geklärt werden, was mit dem Begriff Gegengewalt gemeint ist. Eine politische Gruppe und eine politische Minorität muß sich formieren zu einer politischen Macht. Darum geht es, wenn man politisch etwas will. Aber daß eine Minorität, noch dazu eine studentische Minorität, zur Violence greifen soll, das wäre der irrsinnigste Rat, der in diesem Augenblick gegeben werden könnte. Und darum die zweite Unterscheidung: Es sind in dieser Stadt viele Studenten geschlagen worden in diesem Jahr, aber soweit ich weiß, hat noch kein Student einen anderen geschlagen. Bisher habt Ihr Gewalt gegen Sachen angewendet, gegen Barrikaden, Fakultätszimmertüren, Fensterscheiben. Ich schlage vor, damit keiner, der nicht auf der Höhe der Situation steht, die Dinge mißversteht, bei der Frage der Gewalt ständig zu unterscheiden, ob es sich um Gewalt gegen Sachen oder Gewalt gegen Menschen handelt. Und ich schlage vor, daß weiter diese Linie eingehalten wird, daß nur rational gezielte Gewalt gegen Sachen gerechtfertigt ist. Wer fünf Minuten nachdenkt, weiß, daß von studentischer Seite und seitens der Außerparlamentarischen Opposition nichts Schlechteres geschehen kann, als daß einer von uns Gewalt gegen Menschen anwendet.

Nun schlage ich vor, daß die Herren Politologen mit Ekkehart Krippendorff an der Spitze sich an die Arbeit machen und uns jetzt hier Vorschläge machen, wie die Außerparlamentarische Opposition noch besser als bisher eine demokratische Gegengewalt, oder besser gesagt, Gegenmacht organisieren kann."

EXTRA-DOKUMENTATION

#### DER SPRINGER-KONZERN ALS MITTEL DER GEWALT

Vier Tage lang diskutierten im Auditorium maximum der Technischen Universität in Westberlin Vertreter der Außerparlamentarischen Opposition über die Frage der Gewalt. Das Problem hatte sich schon vor dem Tod eines Pressefotografen und eines Demon-



stranten in München gestellt. EXTRA-Dienst dokumentiert nachstehend eine Ausarbeitung des Aktionskomitees der Außerparlamentarischen Opposition, die bereits am Montag veröffentlicht wurde - also den inzwischen eingetretenen Tod eines unbeteiligten Journalisten und eines Demonstranten noch nicht berücksichtigt konnte.

"In den Diskussionen der letzten Tage sind wir immer wieder auf die Frage gestoßen, ob und unter welchen Umständen Gewaltanwendung von unserer Seite legitim sein kann.

Die Diskussion führte uns zu der Unterscheidung zwischen Gewaltanwendung gegen Sachen und der Gewalt gegen Personen. Zunächst wurde klar, daß wir in dieser Situation nur in Fällen von Notwehr bzw. Nothilfe auch gegen Personen Gewalt anwenden können. Wir haben allerdings feststellen müssen, daß selbst in eindeutigen Fällen von diesem Recht auf Notwehr nur ungenügend oder überhaupt nicht Gebrauch gemacht wurde.

Die Frage nach der Gewalt gegen Sachen stellt sich uns auf zwei verschiedenen Ebenen. Die erste ist die unserer kurzfristigen und unmittelbaren Aktionen. Hier richtet sich die Gewalt gegen die technischen Werkzeuge der polizeilichen Repression, also vor allem Wasserwerfer und dergleichen. Die zweite Ebene ist die unserer längerfristigen Aktionsplanung. Die Sachen, gegen die hier Gewalt anzuwenden ist, sind die materiellen Hilfsmittel der Manipulationszentren, vor allem des Springer-Konzerns. Denn auch sie werden ununterbrochen als Waffen gegen uns angewendet, auch sie sind Mittel der Gewaltanwendung gegen die antiautoritäre Bewegung. An dieser Stelle wird deutlich, daß unsere Gewaltanwendung immer erkenntlich bleiben muß als Gegengewalt, das heißt als Antwort auf die längst schon vorhandene Gewalt, die die Herrschenden gegen uns anwenden. Das ist besonders wichtig im Hinblick auf diejenigen sozialen Gruppen, die aufgrund ihrer unterdrückten Stellung in dieser Gesellschaft potentielle Verbündete unserer Bewegung sind: ihnen muß verständlich werden, daß unsere Gewaltanwendung nur das Ziel hat, letzten Endes jede Form der Gewalt abzuschaffen.

Das stellt uns vor die Frage, wie eine Gesellschaft beschaffen sein muß, die Gewaltanwendung grundsätzlich überflüssig macht. Kann unsere Gesellschaft, so wie sie heute strukturiert ist, die Wurzeln der Gewalt beseitigen?

Die Antwort auf diese Frage hängt vom Entwicklungsgrad des politischen Bewußtseins in der Gesamtbewegung ab. Erst wenn wir diese Antwort gegeben haben, können wir endgültige Klarheit darüber finden, gegen wen, gegen welche Institutionen und Strukturen der gegenwärtigen Gesellschaft sich unsere Gewalt in ihrer letzten Konsequenz zu richten hat. Wird es sich um einige bestimmte Institutionen dieser Gesellschaft handeln, oder um diese Gesellschaft insgesamt? Die Antwort darauf kann nur in der ständigen öffentlichen Diskussion innerhalb der Gesamtbewegung gefunden werden.

Die linke Oppositionsbewegung hat sich immer mehr zu einer allgemeinen Opposition gegen das herrschende System entwickelt. Sie hat daher in wachsendem Maße alle Institutionen dieser Gesellschaft ihrer Kritik unterzogen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß in allen bisherigen Gesellschaftsordnungen die angeblichen Vertreter des gesellschaftlichen Gesamtinteresses schließlich doch nur ihre eigenen, besonderen Interessen verfolgt haben. Dabei war es unerheblich, ob diese 'Vertreter' sich selbst ernannt hatten oder von denen, deren Interessen sie zu vertreten vorgaben, gewählt worden sind. Immer dann, wenn die Masse der Wählenden, nämlich die lohnabhängigen Werktätigen, nicht die Möglichkeit hatten, ihre Vertreter einer permanenten demokratischen Kontrolle zu unterwerfen, erhielten automatisch die Interessen der herrschenden Klassen den Vorrang. Den Interessen der produzierenden Klassen wird dann immer nur in dem Maße entsprochen, als sie denen der Herrschenden nicht direkt widersprechen.

Die Interessen der Studenten können nicht identisch sein mit denen der Herrschenden, die die Universitäten der Irrationalität eines Wirtschaftssystems unterordnen wollen, in dem Produktion von Gütern nicht mehr den Zweck hat, die wirklichen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, sondern stattdessen die Bedürfnisse der Menschen mit allen propagandistischen Mitteln zu manipulieren sucht, um sie der vorhandenen Produktionsstruktur anzupassen. Vielmehr werden sich die Studenten mit denen verbinden müssen, die in dieser Gesellschaft unterprivilegiert sind, und zwar in jeder Beziehung: mit den lohnabhängigen Produzenten. Sie haben ein objektives Interesse an der Demokratisierung

und Humanisierung der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur und also auch in der Demokratisierung der Ausbildungs-, Erziehungs- und Forschungsinstitute. Nur im Bündnis mit den Arbeitern und anderen Lohnabhängigen werden die Schüler und Studenten ihre Interessen gegen die Ansprüche des Herrschaftsapparates durchsetzen können. Aber auch hierbei können beide Seiten die Vertretung ihrer Interessen nicht einzelnen Repräsentanten überlassen, diese unterliegen nur allzubald der Versuchung, ihre eigenen, individuellen Interessen mit denen ihrer Auftraggeber zu verwechseln. Nur wenn beide, Arbeiter und Studenten, sich entschließen können, ihre Forderungen unmittelbar vorzubringen, können diese unverfälscht durchgesetzt werden. Es kommt also darauf an, daß sie sich Organe schaffen, die unter ihrer ständigen direkten Kontrolle diesen Forderungen organisierten Ausdruck verschaffen.

In diesem Zusammenhang kommt der Vorbereitungskampagne für einen sozialistischen 1. Mai 1968 eine zentrale Bedeutung zu. Im Verlauf dieser Kampagne wird der Versuch unternommen werden, der Interessenidentität von Studenten, Schülern und Lohnabhängigen einen organisatorischen Rahmen zu verschaffen. In gemeinsamen Basisgruppen werden sie bei der Vorbereitung des 1. Mai zusammenarbeiten, um aus dieser Erfahrung praktische Möglichkeiten für den gemeinsamen Kampf zu entwickeln."

EXTRA-AUSLES

### DER FALL FRIESENSTRASSE

Nur zwei der zehn Westberliner Tageszeitungen berichteten einigermaßen wahrheitsgemäß über die brutalste Polizeiaktion des vergangenen Wochenendes: Den Überfall in der Friesenstraße (EXTRA-Dienst 31/II). Die SED-Zeitung "Die Wahrheit" gab den Bericht eines UPI-Journalisten in Auszügen wieder, das unabhängige "Spandauer Volksblatt" schilderte offenbar aus eigener Anschauung, jedoch äußerst knapp. Der unabhängige "Tagesspiegel" gab ausführlich "Versionen" wieder, nämlich die der Polizei und die einiger Demonstranten, wobei die Polizei-Version in der grammatikalischen Wirklichkeitsform, die Demonstranten-Berichte im Konjunktiv abgeschildert wurden. Der "Telegraf" brachte einen "sei"-Satz dazu; die "nachtdepesche" kein Wort. Der "Abend" berichtete über einen "umstrittenen Vorgang". Von den vier Springer-Zeitungen gab lediglich die "Welt" eine "teils-teils"-Version; "Bild", "BZ" und "Morgenpost" verfälschten den Vorgang. Dabei lag allen Blättern eine abgewogene Darstellung der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press International (upi) vor; dabei hatten die meisten Zeitungen, vor allem die des Springer-Konzerns, eigene Berichterstatte am Ort.

Der Fall Friesenstraße steht nicht allein. Er ist symptomatisch. EXTRA-Dienst nimmt ihn daher zum Anlaß einer Presse-Dokumentation.

DER ABEND (unabhängig): "Umstritten waren gestern vor allem Ereignisse in der Nacht vom Ostersonntag, die sich vor der Polizeischule in Spandau und der Polizei-Inspektion Kreuzberg in der Friesenstraße abgespielt hatten. Polizei und Demonstranten gaben unterschiedliche Darstellungen dieser Vorfälle. Zur angekündigten Entlassung der Inhaftierten hatten sich sowohl in Spandau als auch in Tempelhof andere Mitdemonstranten versammelt. Nach Angaben der Polizei hätten sie provoziert und auch handgreifliche Auseinandersetzungen mit den Beamten begonnen. Unter Schlagstockeinsatz wurden die Straßen "abgeräumt". Diese Einsätze sind inzwischen von der außerparlamentarischen Opposition heftig kritisiert worden. Zeugenaussagen wurden gesammelt. Auch Unbeteiligte sollen von der Polizei hart angegangen worden sein. Weitere Vorwürfe: Man habe Autos umgekippt, Leute aus ihren Pkw's geholt und auch vereinzelt Journalisten geschlagen."

MORGENPOST (Springer-Konzern): "In der Friesenstraße und vor der Polizeischule in Spandau kam es am späten Abend zu Demonstrationen kleiner Gruppen. Es gab wieder Zwischenfälle. Später erklärten die Demonstranten, sie hätten nur die Haftentlassenen abholen wollen. Die Polizei wäre mit großer Härte gegen sie vorgegangen. Dagegen erklärte ein Polizei-Sprecher, daß vereinzelt Steine und Flaschen gegen die Polizei geworfen worden seien."

TELEGRAF (SPD-nah): "Die im Auditorium maximum versammelten Studenten gaben Berichte über die Polizeiaktion in der Friesenstraße. Nach Aussagen von Studenten, die

dort ihre vorübergehend inhaftierten Kommilitonen abholen wollten, seien sie ohne Grund von Polizisten verprügelt und aus ihren Wagen gezerrt worden."

DIE WELT (Springer-Konzern): "Zu den wohl schwersten Zwischenfällen nach den Bränden vor dem Springer-Haus kam es in der Nacht zum Montag vor dem Gebäude des Polizeipräsidiums am Flughafen Tempelhof. Dort waren etwa 100 am Vortag Festgenommene untergebracht. Als die rund 350 Demonstranten vor dem Haupteingang auftauchten, um die Festgenommenen bei ihrer Freilassung zu empfangen, griffen die Beamten mit Schlagstöcken ein. Nach Aussagen von Demonstranten habe die Polizei "rücksichtslos" zugeschlagen, Autos der Demonstranten beschädigt und Scheiben zertrümmert. Nach Darstellung der Polizei dagegen haben die Jugendlichen Steine und Flaschen gegen das Polizeigebäude geworfen, erst danach sei man eingeschritten."

SPANDAUER VOLKSBLATT (unabhängig): "Unter schärfstem Einsatz und ohne Vorwarnung wurden die Studenten brutal zusammengeknüppelt, ihre Autos teilweise beschädigt. Dabei wurden auch ein englischer Journalist sowie ein Fotoreporter des 'Spiegel' schwer verletzt. Polizeipräsident Moch erwog seinen Rücktritt."

BILD (Springer-Konzern): "Vor diesen 'Sammellagern' kam es in der Nacht zum Montag zu neuen Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und Angehörigen der 'außerparlamentarischen Opposition'. Es wurden Schlagstöcke und Wasserwerfer eingesetzt."

BZ (Springer-Konzern): "Zu weiteren Zusammenstößen kam es in der Nacht zum Montag vor den Häftlingssammelstellen in der Kreuzberger Friesenstraße und vor der Polizeischule Spandau. Etwa 350 Demonstranten kamen mit ihren Autos zur Friesenstraße. Unter Ho-Tschi-Minh-Rufen wurden Steine und Flaschen gegen das Tor des Gebäudes geworfen. Die Polizei räumte daraufhin die Friesenstraße teilweise unter Einsatz des Schlagstocks."

DIE WAHRHEIT (SED): Die Zeitung brachte Auszüge aus dem Bericht von UPI (siehe Faksimile aus "Frankfurter Rundschau" weiter unten).

DER TAGESSPIEGEL (unabhängig): "Mahler forderte gegen 21.45 Uhr die Versammlung im Auditorium maximum auf, die Festgenommenen in Autokorsos von den Sammelstellen in Wedding, Spandau und Kreuzberg abzuholen. Die Festnahmezeit war für die meisten der dort befindlichen Demonstranten ohnehin um Mitternacht abgelaufen. Um 22.45 Uhr fand sich eine kleine Gruppe von Teilnehmern aus der Technischen Universität in der Friesenstraße vor dem stets geschlossenen Hauptportal ein. Die Gruppe wuchs schnell auf 350 Personen. Zur gleichen Zeit fuhren Autokorsos von je fünf bis sechs Fahrzeugen in beiden Richtungen durch die Straßen um den Gebäudekomplex des früheren Polizeipräsidiums. Die Fahrzeuge blockierten die Kreuzung Friesenstraße/Jüterboger Straße. Dann flogen Steine und Flaschen gegen das Tor. Wie der Einsatzleiter der Polizei erklärte, befürchtete er eine 'Springer-Situation' wie am Gründonnerstagabend, als Autos in Brand gesetzt wurden. Um dem vorzubeugen, habe er den Befehl gegeben, die Friesenstraße von den Demonstranten zu räumen. Aus dem Fußgängereingang und gleichzeitig von der Jüterboger Straße her drängten etwa 100 Polizisten nach vorheriger Warnung die Demonstranten ab. Als die Polizei die Räumungsaktion begann, liefen die Demonstranten nach Polizeiangaben zu ihren geparkten Fahrzeugen, fuhren scharf aus den Parklücken heraus, wobei sie andere Fahrzeuge beschädigten oder aufeinander auffuhren. In zehn Minuten sei die Friesenstraße geräumt worden, wobei laut Polizeibericht 'in Einzelfällen vom Schlagstock Gebrauch gemacht worden war'. Drei Personen wurden festgenommen. Ein Polizist sei von einem unbeleuchteten Fahrzeug angefahren worden und dabei mit der Hand durch die Windschutzscheibe gestoßen, wobei er Schnittverletzungen erlitt. Der Fahrer wurde festgenommen... Nach Augenzeugenberichten sei die Polizei überfallartig ohne vorherige Warnung auf die Demonstranten eingedrungen. Wahllös und mit ungewöhnlicher Härte sei auf die Demonstranten eingeschlagen worden. Einige fliehende Personen seien sogar bis in ein Restaurant verfolgt und dort geschlagen worden. Der Polizeipräsident Moch hat gestern eine Überprüfung der Vorgänge in der Friesenstraße angeordnet."

UPI: Die amerikanische Nachrichtenagentur veröffentlichte einen Augenzeugenbericht. Wir dokumentieren ihn auf der folgenden Seite.

